

**Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am
05.05.2004**

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:35 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Heino Ammersken

ANWESENDE:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU

Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann

für Beigeordneten Helmut Bongartz
für Ratsherr Herbert Buisker

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt ab 17.08 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga
Frau Soghra Janssen
Herr Karl-Heinz Kracke

Jugendhilfeausschuss

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Rico Mecklenburg

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

CDU

Ratsherr Hinrich Odinga
Ratsherr Werner Vollprecht

für Ratsherr Ihno Groeneveld

FDP

Beigordnete Hillgriet Eilers

für Ratsherr Holger Klaassen

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Regina Meinen
Frau Marion Oelrichs-Brinkmann

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Beratende Mitglieder

Herr Christoph Jebens
Herr Abdou Ouedraogo
Frau Ingrid von Schwartzenberg
Herr Carsten Schubert

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel, FB 500
Stadtamtsrat Reinhard Kleen, FD 550.0
Stadtamtsrat Gerhard Discus, FD 550.1
Stadtamtsfrau Elisabeth Szag, FD 550.3
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels
Stadtamtsrat Richard Lücht, FD 651.1
Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer, FD 651.3
Stadtangestellter Markus Frein, FD 651.2
Frauenbeauftragte Okka Fekken
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

Frau Sibein-Gatti, AWO
Frau John, AWO
1 Vertreter der örtlichen Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er bittet, sich von den Plätzen zu erheben und dem langjährigen Vorsitzenden des Sozialausschusses, Herrn Theodor Buß, der in der vergangenen Woche verstarb, zu gedenken.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Punkt : 3 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Einwohner haben an der Sitzung nicht teilgenommen.

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 4 Vorlage 14/1141-00
Vorstellung der Konzeption zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Emden

Herr Ammersken begrüßt Frau Sibein-Gatti und Frau John, Mitarbeiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden e. V., und bittet um Vortrag.

Frau Sibein-Gatti weist darauf hin, dass die Konzeption in vier Teile gegliedert worden sei und sich im ersten Teil auf die notwendigen Begrifflichkeiten und politischen Rahmenbedingungen beschränke, im zweiten Teil die Untersuchungsmethoden zur Analyse der Ist-Situation erläutere, im dritten Teil eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Integrationsangebote in Emden auf kommunaler Ebene beinhalte und im abschließenden vierten Teil die notwendigen Handlungsfelder zur Integrationsförderung dargestellt werde.

Sie erläutert nunmehr in Kurzform anhand von Folien die von ihr und Frau John erstellte Konzeption „Integration leben und gestalten“.

Die Konzeption ist den Anwesenden zu Beginn der Sitzung zur Verfügung gestellt worden. Die übrigen Ratsmitglieder erhalten diese als Anlage zum Protokoll.

Herr Ammersken bedankt sich für die Ausführungen und bittet nunmehr um Wortmeldungen.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, wie man an die angesprochenen Fördergelder gelangen könne.

Frau Sibein-Gatti erklärt, für die Beantragung von Fördergeldern seien oft Kooperationspartner notwendig, die in dem Antrag angegeben werden müssten. Durch eine Vernetzungsarbeit könne man dieses forcieren und somit in der konkreten Zusammenarbeit Kooperationspartner gewinnen und Projekte planen und beantragen. Dieses zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben zu leisten sei jedoch sehr schwierig. Möglichkeiten für die Beantragung von Fördergeldern seien aber vorhanden.

Herr Hannappel fragt an, ob die Angebote der Sprachförderung von den Migranten auch genutzt würden.

Frau Sibein-Gatti entgegnet, die Sprachförderung z. B. im Stadtteil Barenburg werde sehr gut genutzt, da die Kurse wohnungsnah stattfinden und teilweise Kinderbetreuung angeboten würde. Bei der Volkshochschule würden ebenfalls Sprachkurse angeboten werden. Ihr sei nicht bekannt, ob diese auch so gut besucht würden. Der Unterschied sei jedoch, dass in der VHS die Kursgebühren höher seien und die Sprachkurse überwiegend von Selbstzahlern genutzt werden.

Herr Hegewald bittet um Auskunft, ob der angesprochene Migrantenanteil von 11 % vergleichbar an anderen Städten viel oder wenig sei.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Frau Sibein-Gatti stellt heraus, dass Emden im Vergleich zu anderen Städten und Landkreisen mit dem ermittelten Ausländeranteil im oberen Bereich läge.

Herr Dr. Beisser stellt die Frage, ob sich die Aussiedler auch bemühen würden, die deutsche Sprache zu erlernen.

Frau Sibein-Gatti stellt fest, das Ergebnis der Sprachkurse im Stadtteil Barenburg sei als positiv zu bezeichnen. Die Fluktuation sei auch nicht sehr hoch, da es sich hierbei um Leute handele, die langfristig ihre Sprache verbessern wollen. Sie weist darauf hin, dass keine Einwohner aus anderen Stadtteilen an diesen Sprachkursen in Barenburg teilnehmen würden.

Herr Quedraogo sagt, man sei froh, dass diese Sprachkurse in Barenburg so gut besucht würden. Ohne diese habe man keine Möglichkeit, die Migrantengruppen zu erreichen.

Frau Janssen ergänzt, die Sprache sei ein wichtiger Punkt für die Integrationsarbeit. Es sei auch notwendig, dass die Kinder der Teilnehmerinnen an Sprachkursen in dieser Zeit betreut würden.

Herr Sprengelmeyer fragt an, welche Rolle eigentlich der Sport spiele. Sehr viele Kinder und Jugendliche seien in Sportvereinen integriert. Er hätte sich gewünscht, dass die Bestandsaufnahme Kinder und Jugendliche ein bisschen ausführlicher dargestellt worden wäre. Bei den Freizeitangeboten, die von der Jugendförderung organisiert werden, würden sehr viele Migranten teilnehmen. Weiter erkundigt er sich, ob auch bei den Mutter-Kind-Gruppen, Krabbelgruppen, Spielkreisen usw. Integration eine Rolle spiele.

Frau Sibein-Gatti erklärt, es gebe verschiedene Bereiche, die in dieser Konzeption nicht oder nicht vollständig untersucht werden konnten.

Herr Odinga möchte wissen, ob es Erfahrungen mit Migranten geben würde, die durch eine Arbeitsstelle o. ä. Kontakt zu Deutschen hätten und dadurch wesentlich besser und schneller deutsch lernen würden. Durch Partnerschaften könne man die Sprache fördern, ohne dass es Geld koste.

Frau Sibein-Gatti begrüßt die privaten Kontakte. Jedoch hätten die zugewanderten Menschen oft die Schwierigkeit, von sich aus Kontakte zu knüpfen. Der erste Schritt sollte von den Einheimischen getan werden. Mit Sicherheit könne Integration viel umfassender unterstützt und gemacht werden. Aus diesem Grund sei die Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig, um das der einheimischen Bevölkerung deutlich zu machen.

Frau Tempel führt aus, man habe nun einen Überblick bekommen, welche punktuellen Angebote in Emden mittlerweile im Bereich der Integration vorhanden seien. Aber es wäre grundsätzlich zu entscheiden, wie die strategische Ausrichtung der Stadt Emden im Hinblick auf Zuwanderung zukünftig aussehen solle. Aus eigenen Kräften könne man, wie andere Untersuchungsergebnisse belegen, die Einwohnerzahlen nicht halten und sei somit auf Zuwanderung angewiesen. Dabei sei zu berücksichtigen, welche Chancen und positiven Aspekte Zuwanderung für das städtische Gemeinwesen biete. Zuwanderung sollte nicht nur negativ im Hinblick auf einzelne Problemlagen betrachtet werden. Das bedeute jedoch, dass darüber entschieden werden müsse, welche Rahmenbedingungen Emden Zuwanderungswilligen bieten möchte.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Weiter erklärt Frau Tempel, für Leistungen der Integration seien in ihrem Fachbereich lediglich 23.000 € vorhanden. Davon erhalte der Integrationsrat 3.000 € und 20.000 € würde in Sprachkurse und sonstige Maßnahmen fließen. Wenn man von einem Ausländeranteil von 11 % ausgehe, sei dieser Betrag zu wenig.

Herr Hannappel fragt, worauf der Umstand des hohen Anteils von 11 % zurückzuführen sei und ob man eine Grenze sehe, bei der die Integration gefährdet sei. Die Notwendigkeit eines Sprachkurses sei für den einzelnen vielleicht nicht mehr so groß, wenn er in seinem Umfeld mit seiner Muttersprache zurechtkomme.

Frau Sibein-Gatti führt den hohen Prozentanteil der Migranten darauf zurück, dass Emden als Seehafenstadt bereits in den 60-er Jahre eine Vielzahl von ausländischen Staatsangehörigen aufgenommen habe. Weiterhin seien Anfang der 90-er Jahren verstärkt Aussiedler nach Emden gekommen. In den letzten Jahren sei keine stetige Zunahme der Migranten zu verzeichnen gewesen.

Frau Sibein-Gatti erläutert, dass die Aussiedler in der Regel nicht wegen der Arbeitsplätze nach Emden gekommen seien, sondern wegen ihrer Familien. Bei Aussiedlern handelt es sich meistens um Großfamilien. Da die Grundsituation in Emden Anfang der 90-er Jahre gut gewesen sei, habe man dazu auch die Möglichkeit gehabt. Gesetzlich sei dieses Mitte der 90-er Jahre geändert worden, danach wurde die Aufnahme von Aussiedler durch Zuweisung nach festgelegten Quoten geregelt.

Sie erklärt weiter, obwohl bestimmte Nationalitätengruppen sich in ihrer Muttersprache austauschen würden, bestünde der Wunsch nach Integration.

Frau Fekken weist auf das Problem hin, dass viele Migrantenkinder ohne deutsche Sprachkenntnisse nach Emden kämen und eingeschult würden. Es sei für die Lehrerschaft nicht möglich, diese Kinder sprachlich zu fördern. Das möge auch erklären, warum der Prozentsatz der Migranten an der Pestalozzischule sehr hoch sei.

Herr Davids fragt an, ob sich die Migranten besser integrieren könnten, wenn sie über die gesamte Stadt verstreut oder nur in bestimmte Stadtteile untergebracht wären.

Frau Sibein-Gatti antwortet, um die Möglichkeit zu nachbarschaftlichen Kontakten zu erleichtern, sei eine ausgewogene Verteilung auf die einzelnen Stadtteile sinnvoller. Somit könne auch der Integrationsprozess unterstützt werden.

Herr Hegewald spricht die Frage der Strategie an, die sich an die Politik richte. Für ihn sei Integrationsarbeit nur dann gelungen, wenn die Migranten auch auf dem Arbeitsmarkt Fußfassen würden.

Frau Sibein-Gatti erwähnt, es gäbe auch Migranten, die keinen festen Aufenthaltsstatus haben, sondern als Flüchtlinge gekommen seien. Diese Gruppe habe nur eine befristete Aufenthaltsgestattung oder Duldung und es sei ihnen nicht möglich, eine Arbeitserlaubnis oder eine Arbeitsstelle zu bekommen.

Herr Grix erklärt, viele junge Migranten würden keinen Ausbildungsplatz bekommen, weil aufgrund der sprachlichen Barrieren der Schulabschluss nicht ausreichend sei. Viele der Jugendlichen gingen dann zunächst in eine sogenannte „Warteschleife“ an die Berufsschule. Dort sei es notwendig, dass man versuche, die Sprachförderung in den Unterricht einzubauen.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Herr Grix weist darauf hin, dass Frau Sibein-Gatti und Frau John das Konzept neben ihrer eigentlichen Tätigkeit erstellt und die Untersuchungen sehr viel Zeit in Anspruch genommen hätten. Außerdem seien viele Kontakte geknüpft worden. Die Entwicklung eines solchen Netzwerkes sei eine wichtige Sache. Neben den 23.000 €, die die Stadt zur Verfügung stelle, bekäme die AWO auch Bundes- und Landesmittel. Trotzdem sei die Stelle von Frau Sibein-Gatti aus finanziellen Gründen auf 19,5 h zurückgeschraubt worden und bliebe trotz Zuschüsse mit 6.000 € defizitär. Die Stelle von Frau John werde vom Bund gefördert und bliebe mit 15.000 € defizitär.

Frau Janssen stellt heraus, dass sie sich als Lückenfüllerin sehr schlecht fühle. Die Migranten seien Menschen, die ihr Kulturgut und sich selber mitgebracht hätten. Es wäre an der Zeit, dass man überlege, wie man diese Menschen hier integrieren könne.

Herr Schulze weist darauf hin, man habe im Finanzausschuss festgestellt, dass Geld an allen Ecken und Kanten fehle. Um die Integration vorantreiben zu können, müsse die Stadt auch Gelder bereitstellen. So gern man auch unterstützen wolle, man müsse sich klarmachen, dass die finanzielle Situation eng sei.

Herr Dr. Beisser nimmt Bezug auf das von Frau Tempel Gesagte und stellt fest, hinsichtlich der grundsätzlichen Diskussion sollte sich jede Fraktion beraten.

Herr Quedraogo hält den Ausführungen von Herrn Schulze entgegen, dass dieses kein Geld sei, welches man einfach wegschmeiße. Es sei eine Investition in die Zukunft.

Herr Grix erklärt, in Deutschland bestehe der Bedarf an qualifizierter Ausbildung. Dieser Bedarf könne nicht gedeckt werden, weil in vielen Bereichen Grundvoraussetzungen fehlen würden, auch bei denen, die zwar lernfähig, aber der Sprache nicht genügend mächtig seien. Ferner seien auch Ausbildungsstellen nicht besetzt, weil Jugendliche nicht die genügende Qualifikation mitbringen würden. Auch bei vielen deutschen Kindern und Jugendlichen würden Sprachdefizite festgestellt und da müsse geholfen werden.

Frau Schmidt bemerkt, es gebe in diesem Rahmen auch Fördergelder. Auch seien Patenschaften und Kofinanzierungen möglich. Ziel müsse es sein, die Töpfe aufzumachen und EU-Anträge zu stellen.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich bei Frau Sibein-Gatti und Frau John für die geleistete Arbeit.

Er möchte das Angebot unterbreiten, dass die Kolleginnen der AWO, der Integrationsrat und die Mitarbeiter der Jugendförderung zusammenkämen und diesen Bericht noch einmal beleuchten würden, die Bestandsaufnahme vervollständigten und überlegen sollten, was man kurzfristig, mittelfristig bzw. langfristig umsetzen könne. Man sollte erkennen, was man wirklich mit Integration, den Bedarfen und den Angeboten machen könne. Es seien schon Ansätze vorhanden, die man weiter ausbauen könne.

Frau Lina Meyer hält Integration für sehr wichtig und erklärt, man müsse früh mit der Sprachförderung beginnen. Auch sollten nicht nur in Barenburg, sondern auch in Borssum, Transvaal usw. Kurse angeboten werden. Man sei in der Pflicht, dafür Geld zu beschaffen, nicht nur für die ausländischen, sondern auch für die einheimischen Kinder, denn auch da gebe es genügend Sprachprobleme. Das sei für die Zukunft wichtig.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Herr Sprengelmeyer weist auf eine Einladung hin. In Barenburg gebe es verschiedene LOS-Projekte. Eines davon sei das kulturelle Kochen und ausländische Frauen würden am 14.05.2004 ein Essen anbieten. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Gesundheit und Soziales an diesem Essen teilnehmen würden.

Herr Ammersken bedankt sich abschließend im Namen der Ausschussmitglieder bei Frau Sibein-Gatti und Frau John für die Vorstellung der von ihnen erstellten Konzeption.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 5 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Tempel gibt bekannt, die SPD-Fraktion habe nunmehr der Vereinbarung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Fachbereiches Gesundheit und Soziales für die Bewilligung von finanziellen Zuwendungen zugestimmt.

Diese Vereinbarung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Weiterhin teilt Frau Tempel mit, der Quartalsabschluss für den Fachbereich Gesundheit und Soziales für das erste Quartal 2004 liege vor. Sie erläutert anhand einer Folie, wie das zum Ende des Jahres erwartete Ergebnis aussehen werde.

Herr Lücht trägt vor, es sei beabsichtigt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004 den Punkt Haushaltssituation aufzunehmen. Da nunmehr das Rechnungsergebnis des ersten Quartals vorliege und in der Jahresprognose mit einem Defizit von 1,4 bis 1,5 Mio. € zu rechnen sei, möchte man gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss erörtern, wie man diesem Trend begegnen und entgegenwirken könne.

Herr Lutz fügt hinzu, die Stadt Emden rechne insgesamt mit einem Defizit von 2,54 Mio. €. Man habe die Befürchtung, dass die Einnahmehoffnung im Rahmen des Finanzbudgets doch etwas hoch angesetzt gewesen sei.

Herr Lücht weist darauf hin, dass Neueinstellungen im Bereich 600 vorgenommen wurden. Frau Dr. Zander sei in der Erziehungsberatungsstelle beschäftigt und Herr Markus Frein sei stellvertretender Fachdienstleiter im Sozialen Dienst.

Herr Lücht erklärt, die Schöffenwahl für die Jahre 2005 bis 2008 würde anstehen. Man sei vom Amtsgericht in der vergangenen Woche angeschrieben worden. Dieser Punkt werde ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung gesetzt. Man habe nun nach dem bewährten Verfahren die Verbände angeschrieben und gebeten, je einen männlichen und je einen weiblichen Kandidaten vorzuschlagen. Diese Vorschlagsliste werde in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung dem Ausschuss vorgelegt.

Frau Grix fragt an, ob auch der Jugendhilfeausschuss Vorschläge unterbreiten könne.

Herr Lücht bejaht dieses und erläutert das bisherige Verfahren.

Herr Grix weist darauf hin, dass nur Personen vorgeschlagen werden dürften, die in der Jugendarbeit Erfahrung hätten. Er bittet darum, den Vereinen und Verbänden mitzuteilen, dass die Kandidatenvorschläge zu begründen seien.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Herr Lücht nimmt diese Anregung auf und erklärt, in dem Anschreiben stünden selbstverständlich die gesetzlichen Bestimmungen und es müsse nachgewiesen und begründet werden, dass die vorgeschlagenen Personen erzieherisch befähigt und in der Jugendarbeit erfahren sein müssten.

Herr Lutz teilt mit, er habe ein Schreiben vom Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit erhalten bezüglich der Finanzierung der Beratungsangebote im Bereich Schutz und Hilfe für Frauen und Kinder bei der Gewalt. In dem Schreiben sei mitgeteilt worden, dass es ein neues Förderungsmodell geben werde. Dieses sei abgestellt auf die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die Fläche des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt und den Anteil der Arbeitslosen. Es sei mit einer deutlichen Verminderung der Fördergelder und erheblichen Nachteilen aufgrund der geringeren Fläche gegenüber den Landkreisen zu rechnen.

Punkt : 6 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegen keine neuen Informationen vor.

Punkt : 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.